



Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt

Jahresbericht 2020

Inhalt

Einleitende Bemerkungen	3
Organigramm	4
Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt	5
Allgemeine Statistiken	6
Kriminalpolizei	9
Allgemeine Abteilung	13
Abteilung Wirtschaftsdelikte	15
Strafbefehlsabteilung	18
Jugendanwaltschaft	20
Stab und Führungsunterstützung	22

Einleitende Bemerkungen

Wie bei sämtlichen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens beeinflusste die Anfang 2020 einsetzende Pandemie auch die Tätigkeit und den Betrieb der Staatsanwaltschaft erheblich. Nichtsdestotrotz konnte unter Berücksichtigung des obersten Ziels des gesundheitlichen Schutzes der Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft während des ganzen Jahres der gesetzliche Auftrag erfüllt werden, so dass die Grundversorgung der Strafverfolgung nie in Frage gestellt war. Während einer kurzen Phase im Rahmen der ausserordentlichen Situation im Frühling musste jedoch die Einvernahmehaft- und andere absolut dringlich zu bearbeitende Verfahren reduziert werden. Damit einhergehend arbeiteten auch viele Mitarbeitende dauerhaft oder zumindest teilweise im Homeoffice, wobei diese Arbeitsform aufgabenbedingt nicht in allen Abteilungen und Funktionen in derselben Weise wahrgenommen werden konnte.

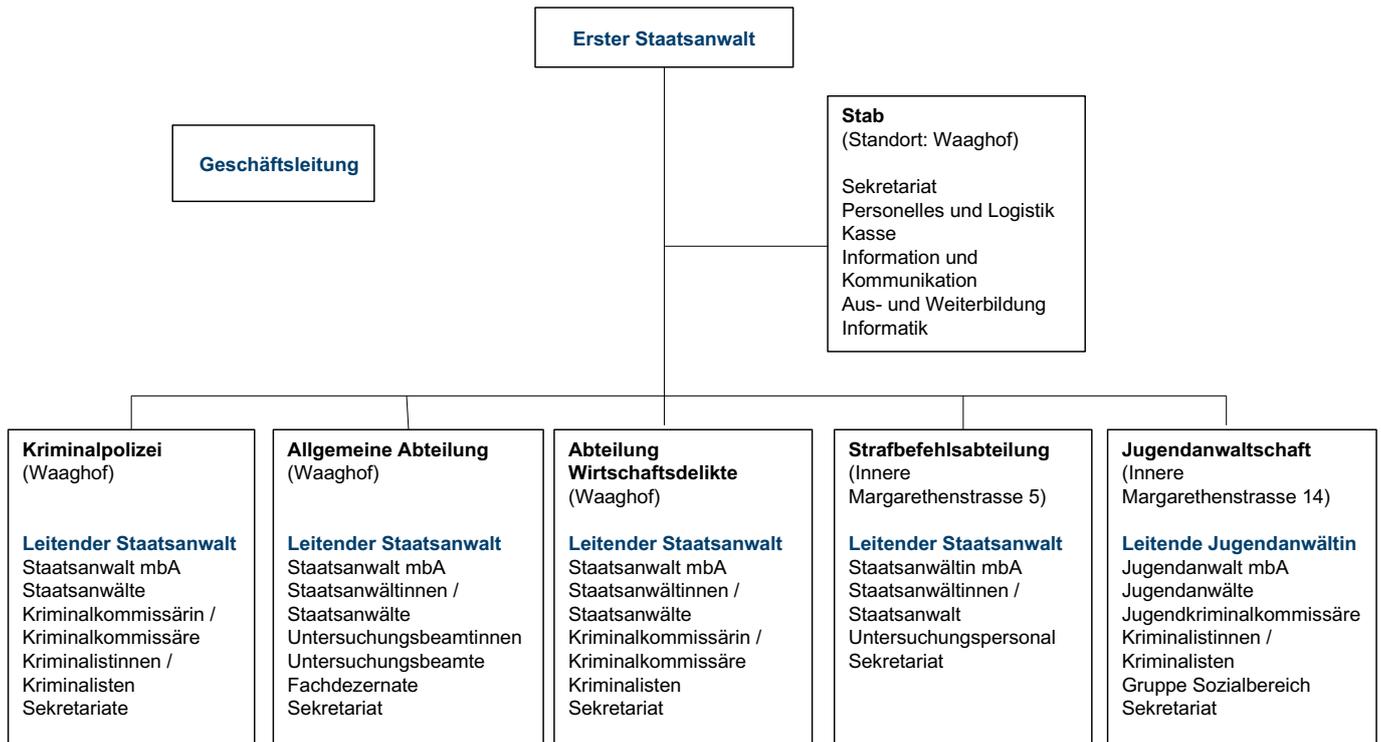
Auch und insbesondere in personeller Hinsicht handelte es sich um ein ausserordentliches Jahr, zumal die Geschäftsleitung und die gesamte Staatsanwaltschaft mit dem wegen der Wahl an das Bundesstrafgericht in Bellinzona Mitte Jahr kommunizierten und per Ende Oktober faktisch vollzogenen Weggang des bisherigen Ersten Staatsanwalts, lic. iur. Alberto Fabbri, welcher während rund zehn Jahren zielstrebig und umsichtig die Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt geleitet hatte, einen gewichtigen Wechsel erfahren haben. Während der darauffolgenden zweimonatigen Übergangsphase bis Ende Jahr übernahm sodann der Leiter der Kriminalpolizei, Dr. Hans Ammann, zusätzlich interimsmässig die Leitung der Staatsanwaltschaft.

Nicht zuletzt durch die Pandemie verzögerten sich denn auch gewisse Anstellungen des durch das Parlament bewilligten und für den Abbau der Pendenzen dringend benötigten Personals. Per 1. September 2020 konnte der Leiter des neu geschaffenen Dezernates Digitale Kriminalität seine Tätigkeit und damit den Aufbau dieses Dezernates, welches zudem per November 2020 organisatorisch und mit einer Änderung der Stawa-Verordnung vom Stab in die Kriminalpolizei überführt worden war, aufnehmen. Der in organisatorischer und personeller Hinsicht vollständige Aufbau dieses neuen Dezernates soll plangemäss Ende 2021 abgeschlossen sein.

Auch die Verfahrenserledigungen des vergangenen Jahres sind teilweise durch die Auswirkungen der Pandemie beeinflusst worden. So fällt einerseits eine erhebliche Abnahme der dem sog. «Massengeschäft» zuzurechnenden Strafbefehle der Strafbefehlsabteilung auf. Andererseits wurden bedeutend mehr Anklageschriften an das Strafgericht überwiesen und Einstellungen verfügt. Während die Abnahme der von der Strafbefehlsabteilung erlassenen Strafbefehle mit einem markanten Rückgang der von der Kantonspolizei überwiesenen Fälle wegen nicht bezahlter Ordnungsbussen sowie Geschwindigkeitsübertretungen im Bereich einfacher Verkehrsregelverletzungen einhergeht, lässt sich die Zunahme der Anklageschriften und Einstellungsverfügungen teilweise mit der temporären Beruhigung der Haftfallbelastung erklären.

Sasha Stauffer, Erster Staatsanwalt
(seit 1. Januar 2021)

Organigramm



Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Die Staatsanwaltschaft führt Strafverfahren bei Verbrechen, Vergehen und Übertretungen. Sie erhebt und vertritt die Anklage, erlässt Strafbefehle und weitere Abschlussverfügungen wie Sistierung, Einstellung, Abtretung oder Nichtanhandnahme. Zudem leistet sie internationale sowie nationale Rechtshilfe in Strafsachen. Der Gesamtregierungsrat übt die administrative Aufsicht über die Staatsanwaltschaft aus. Sie ist administrativ dem Justiz- und Sicherheitsdepartement zugeordnet und wird vom Ersten Staatsanwalt geleitet.

Anzeigen werden von der **Kriminalpolizei** entgegengenommen. Sie leitet die Strafverfolgung ein und ergreift erste Massnahmen, wie etwa die Feststellung des Tatbestandes, die Sicherung von Beweismitteln oder die Fahndung nach flüchtigen Verdächtigen. Ferner schliesst sie auch Vorverfahren mittels Nichtanhandnahme, Einstellung oder Strafbefehl ab.

Die **Allgemeine Abteilung** der Staatsanwaltschaft ergänzt den Ablauf einer Strafuntersuchung durch weitere Untersuchungen und Einvernahmen oder holt je nach Situation die notwendigen Gutachten ein. Sie schliesst das Verfahren durch Anklageerhebung oder Erlass eines Strafbefehls ab oder stellt es ein.

Untersuchungsverfahren zu Delikten, die sich im wirtschaftlichen Bereich abspielen, werden von der Abteilung **Wirtschaftsdelikte** übernommen. Die Verfahren werden in der Regel von der Anzeige bis zum Abschluss bearbeitet.

Die **Strafbefehlsabteilung** nimmt die Aufgaben der Verfahrensleitung wahr gegenüber der Kantonspolizei sowie verschiedenen Verwaltungsbehörden im Kanton Basel-Stadt und schliesst deren Ermittlungen mittels Erlass eines Strafbefehls, Anklageerhebung oder Einstellung des Verfahrens ab.

Die Aufgabe der **Jugendanwaltschaft** liegt darin, die Verfahren gegen Unmündige zu führen und auch die Sanktionen zu vollziehen. Ausserdem befragt die Jugendanwaltschaft im Auftrag der Staatsanwaltschaft oder der auswärtigen Stellen alle minderjährigen Tatzeugen, insbesondere auch Opfer von Sexual- und Gewaltdelikten.

Der **Stab**, welcher zugleich als **Führungsunterstützung** des Ersten Staatsanwalts fungiert, ist verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit, die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden, das Personal- und Rechnungswesen, die Logistik sowie den gesamten Informatiksupport.

Allgemeine Statistiken

Verfahrenserledigungen im Erwachsenenbereich

	2018	2019	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2019
Abschlussart				
Anklageschriften	277	258	305	+ 47
angeklagte Personen	400	340	381	+ 41
Strafbefehle	26'352	25'821	18'265	- 7'556
Einstellungen, Nichtanhandnahmen und Abtretungen	4'432	4'583	6'183	+ 1'600
Total (Abschlussarten)	31'061	30'662	24'753	- 5'909
Pendenzenlage				
Rückstände ¹	3'098	3'566	2'555	- 1'011
Pendenzen ²	11'205	10'117	9'774	- 343

Gerichtsverhandlungen in Anwesenheit der Staatsanwaltschaft³

	2018	2019	2020
Allgemeine Abteilung			
Anzahl Verhandlungen	185	186	175
Anzahl Arbeitstage à 8.4 Std.	187,5	175,5	189
Abteilung Wirtschaftsdelikte			
Anzahl Verhandlungen	15	10	13
Anzahl Arbeitstage à 8.4 Std.	34	14	32

¹ Rückstände gemäss § 98 Abs. 1 Ziff. 3 GOG sind Verfahren gegen bekannte Täterschaft, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt und die noch nicht abgeschlossen sind.

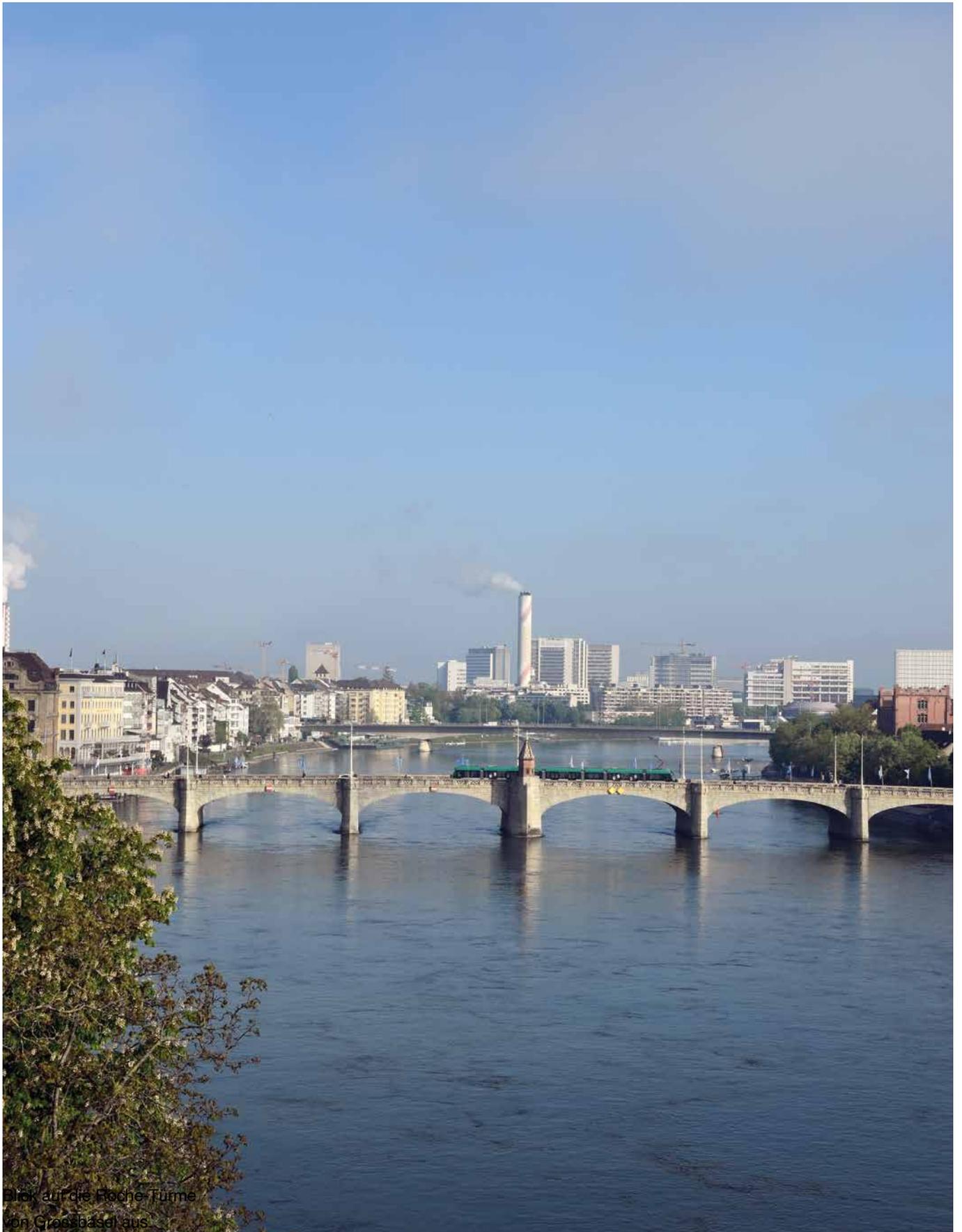
² Die Pendenzen umfassen sämtliche Anzeigen gegen bekannte und unbekannte Täterschaft sowie nationale und internationale Rechtshilfe.

³ Die Staatsanwaltschaft hat die Anklage vor Gericht gemäss Art. 337 Abs. 3 StPO persönlich zu vertreten, wenn sie eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr oder eine freiheitsentziehende Massnahme beantragt.

Straftaten Basel-Stadt gemäss Strafgesetzbuch: Aufklärung und Vorjahresvergleich

	2019		2020	
	Straftaten	Aufklärung	Straftaten	Aufklärung
Gesamttotal Strafgesetzbuch	21'234	40,7%	20'190	42,4%
Total gegen Leib und Leben	1'383	78,5%	1'341	82,7%
Vollendete Tötungsdelikte (Art. 111–113/116)	1	100,0%	1	100,0%
Versuchte Tötungsdelikte (Art. 111–113/116)	8	87,5%	9	100,0%
Schwere Körperverletzung (Art. 122)	36	91,7%	21	85,7%
Einfache Körperverletzung (Art. 123)	342	65,8%	297	69,0%
Total gegen das Vermögen	14'849	28,5%	14'001	29,5%
Diebstahl ohne Fahrzeuge (Art. 139)	6'906	31,5%	6'055	34,5%
- davon Einbruchdiebstahl	955	17,9%	788	24,7%
- davon Entreisssdiebstahl	18	22,2%	22	13,6%
Fahrzeugdiebstahl (Art. 139)	2'989	3,7%	3'122	4,9%
Raub (Art. 140)	88	43,2%	114	41,2%
Sachbeschädigung ohne Diebstahl (Art. 144)	1'426	26,3%	1'471	32,6%
Betrug (Art. 146)	1'263	64,1%	1'238	57,5%
Erpressung (Art. 156)	54	20,4%	36	22,2%
Konkurs, Betreibungsdelikte (Art. 163–171)	33	100,0%	30	100,0%
Total gegen Ehre, Geheim, Privatbereich	697	78,5%	861	81,5%
Üble Nachrede + Verleumdung (Art. 173 + 174)	141	75,2%	141	69,5%
Total gegen die Freiheit	2'486	51,3%	2'340	53,8%
Drohung (Art. 180)	562	85,6%	570	83,3%
Nötigung (Art. 181)	96	82,3%	92	72,8%
Menschenhandel (Art. 182)	17	35,3%	11	45,5%
Freiheitsberaubung (Art. 183)	17	70,6%	26	65,4%
Hausfriedensbruch ohne Diebstahl (Art. 186)	233	86,7%	254	79,5%
Total gegen die sexuelle Integrität	292	63,0%	321	64,8%
Sexuelle Handlungen Kind (Art. 187)	35	80,0%	27	85,2%
Vergewaltigung (Art. 190)	30	63,3%	23	73,9%
Exhibitionismus (Art. 194)	13	69,2%	26	80,8%
Pornografie (Art. 197)	96	52,1%	90	57,8%
Total gemeingefährliche Verbrechen, Vergehen	8	37,5%	32	68,8%
Brandstiftung (Art. 221)	1	100,0%	17	70,6%
Total gegen die öffentliche Gewalt	496	93,3%	612	94,8%
Gewalt und Drohung gegen Beamte (Art. 285)	273	94,9%	306	97,1%
Total gegen die Rechtspflege	123	91,9%	134	92,5%
Geldwäscherei (Art. 305bis)	47	89,4%	86	95,3%
Übrige Straftaten gegen das StGB	900	80,9%	548	78,6%

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, PKS



Blick auf die Roche-Türme
von Grossbasel aus.

Blick auf die Mittlere Brücke vom Basler Münster aus.

Kriminalpolizei

Die Kriminalpolizei bekämpfte auch 2020 die drei Deliktsfelder Gewaltstraftaten, Einbruchdiebstahl und Menschenhandel, die im gesellschaftlichen Fokus stehen. Die Tendenz, dass die Erledigung von Anzeigen nicht parallel mit deren Eingang verläuft, setzt sich fort.

Die Kriminalpolizei richtete sich auch im Jahr 2020 nach den vom Regierungsrat festgelegten Schwerpunkten zur Kriminalitätsbekämpfung und Strafverfolgung. So wurden gezielt die drei – im gesellschaftlichen Fokus stehenden – Deliktsfelder Gewaltstraftaten, Einbruchdiebstahl und Menschenhandel bekämpft. Zu diesem Zweck wurde bereits 2017 die für die Bekämpfung des Menschenhandels spezialisierte Fachgruppe der Kriminalpolizei mit zwei Ermittlern verstärkt. Dies erfolgte zu Lasten anderer Fachgruppen, die indessen ebenfalls bereits stark belastet sind.

Zusatzaufwand verschärft sich weiter

Die seit der Einführung der schweizerischen Strafprozessordnung im Jahr 2011 festzustellende Tendenz, dass die Erledigung von Anzeigen nicht parallel mit deren Eingang verläuft, setzt sich fort. Auch die formellen Verfahrensschwernisse und der damit einhergehende Zusatzaufwand verschärfen sich weiter. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass aufgrund der neueren bundesgerichtlichen Rechtsprechung die Polizei in jedem Fall, in dem sie eine zur Kontrolle der Fahrfähigkeit nötige Blutprobe anordnen möchte, zwingend vorgängig den Pikettdienst der Staatsanwaltschaft anrufen muss. Dies ist bereits aus prozessökonomischen Gründen sinnlos, da die Staatsanwaltschaft aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben grundsätzlich kei-

nerlei Ermessen hat. Es handelt sich also um eine formaljuristische Schikane, welche umso störender ist, als die Anordnungen sehr oft mitten in der Nacht zu erfolgen haben. Ausserdem haben die von den Gerichten immer wieder geforderten Videokonfrontationen zur Beweiskraftsicherung von Aussagen den personellen und logistischen Aufwand in diesem Bereich mindestens verdoppelt.

Viele ältere Verfahren erledigt im Lockdown

Die Gesamtheit all dieser Formalitäten verzögert die Verfahrenserledigung signifikant und die Verfahrenslösungen sind weiter gezwungen, Hunderte von minder prioritären Fällen, wie Drohungen, Tötlichkeiten, Ehrverletzungen etc. nicht selten für mehrere Jahre und teilweise bis zur Verjährung zurückzustellen. Dieser Zustand ist für alle beteiligten Parteien äusserst unbefriedigend, führt zu einem belasteten Betriebsklima und immer öfter auch zu Rechtsverzögerungsbeschwerden, die schliesslich vom Appellationsgericht zu Recht gutgeheissen werden müssen. Anfang des Jahres 2020 waren dies rund 1'900 Verfahren. Während des Corona-Lockdowns im Frühjahr konnte ein grosser Teil dieser zurückgestellten Fälle konsequent auf Ermittlungsansätze überprüft und das Interesse der Geschädigten abgeklärt werden. Dies führte dazu, dass viele ältere Verfahren erledigt werden konnten und am Jahresende 2020 noch rund 750 Fälle aus Prioritäts- und Ressourcenrunden aufgeschoben waren.

Ungenügende personelle Ressourcen

Die Zahl der nicht aufgeschobenen hängigen Verfahren betrug 4'871 (2019: 5'532, recte: 5'258). Die gegenüber dem Vorjahr erfreuliche Abnahme konn-

Entwicklung ausgewählter Straftaten Basel-Stadt

	2016	2017	2018	2019	2020
Leib und Leben	1'410	1'436	1'396	1'383	1'341
Sexualdelikte	393	277	277	292	321
Vermögen	14'838	15'093	14'542	14'849	14'001
- Einbruch	1'339	1'372	1'024	955	788
- Raub	124	83	88	88	114
- Entreissdiebstahl	31	26	24	18	22
- Taschendiebstahl	613	554	452	488	373

te insbesondere erzielt werden, weil im Berichtsjahr keine aufwändigen Sonderkommissionen eingesetzt werden mussten und auch der Corona-Lockdown eine gewisse Entlastung brachte. Damit wurden die Pendenzen zwar kurzfristig reduziert. Dies ist jedoch keine nachhaltige Lösung des strukturellen Problems, zumal die Steigerungsrate seit Ende 2010 (3'882) immer noch rund 25 Prozent beträgt – und dies, obschon sich die Kriminalitätsbelastung seit 2014 nicht wesentlich verändert hat.

Wie insbesondere die Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft in ihrem Jahresbericht 2018/2019 empfiehlt, sind die Personalressourcen der Staatsanwaltschaft «namhaft, d.h. um mindestens 10% aufzustocken». Die vom Grossen Rat im Dezember 2019 bewilligten zusätzlichen sechs Stellen beim kriminalistischen Personal der Kriminalpolizei konnten zwischenzeitlich besetzt werden, sind aber noch nicht ausreichend, um die Pendenzen und Rückstände effektiv abbauen und dann nachhaltig tief halten zu können. Solange die Kriminalpolizei

mit ungenügenden personellen Ressourcen arbeitet, kann sie weiterhin die gesetzlichen Vorgaben der Strafprozessordnung betreffend Beschleunigungsgebot nicht einhalten.

Kriminalpolizei erliess 832 Strafbefehle

Um die Anordnung von Untersuchungshaft zu vermeiden, haben die Staatsanwälte der Kriminalpolizei auch im Berichtsjahr vor allem im Rahmen des Pikettdienstes bei festgenommener Täterschaft mit unklarem Aufenthaltsstatus und damit bestehender Fluchtgefahr, aber bewiesener und/oder zugegebener Tat während 365 Tagen 372 (2019: 451) Fälle innerhalb von 48 Stunden seit der Festnahme erledigt und den Beschuldigten vor der Entlassung aus dem Polizeigewahrsam einen Strafbefehl ausgehändigt. Damit wurde und wird vor allem bei Kriminaltouristen das Zeichen gesetzt, dass Delinquenz in Basel-Stadt unmittelbar Folgen hat. Insgesamt erliess die Kripo 832 (2019: 852) Strafbefehle.

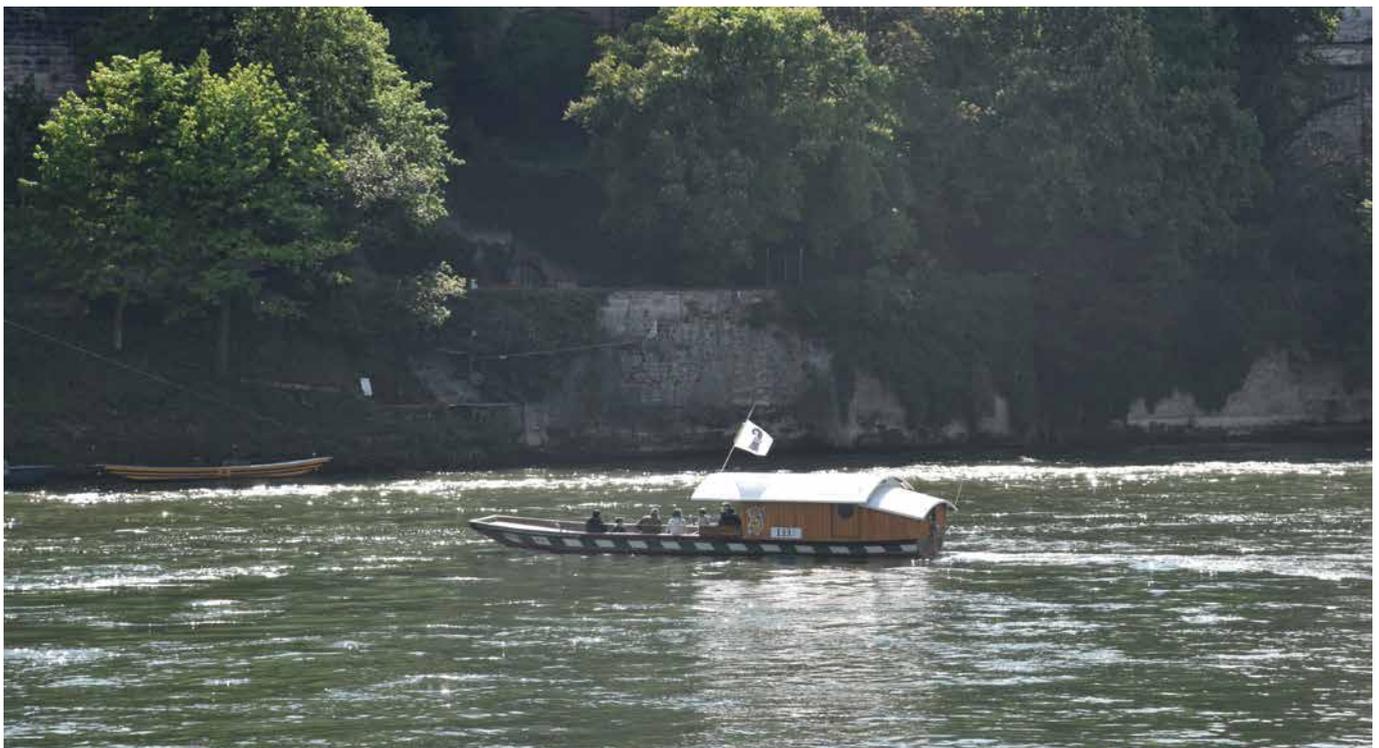
«Auch die formellen Verfahrenerschwernisse und der damit einhergehende Zusatzaufwand verschärfen sich weiter.»

Trend zu stimulierenden Drogen

Das Fallaufkommen im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität ist gegenüber dem Vorjahr (2019: 3'545) um 17% gesunken (2020: 2'947), was hauptsächlich auf die pandemiebedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens zurückzuführen sein dürfte. Sowohl in den Kategorien Besitz, Konsum, Anbau/Herstellung und Handel ist eine Abnahme zu registrieren, während in der Kategorie Schmuggel eine deutliche Zunahme zu verzeichnen ist, was die einleitende Annahme bestätigt. Während sämtliche Delikt-kategorien sich unter normalen Umständen in der Öffentlichkeit abspielen oder zumindest teilweise dort manifestieren, fand im letzten Jahr gezwungenermassen eine Verlagerung ins private Umfeld respektive hinter verschlossene Türen statt. Dass der ausgewiesene Rückgang nur ein statisti-

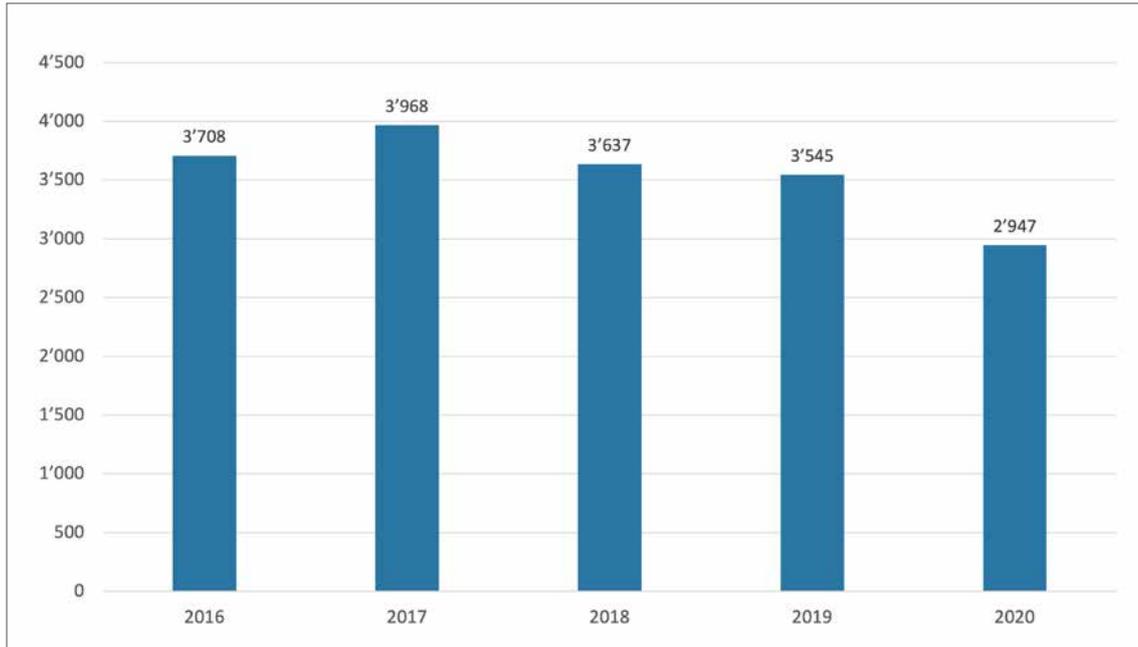
scher und nicht ein realer ist, zeigen insbesondere die angestiegenen Zahlen im Bereich Schmuggel sowie die Tatsache, dass die Nachfrage nach Betäubungsmitteln unverändert hoch ist.

Weiterhin zu Besorgnis Anlass gibt die Tatsache, dass Methamphetamin in Form des sogenannten «Crystal Meth» auf dem hiesigen illegalen Drogenmarkt Fuss gefasst hat, vertrieben wird und trotz bekannter negativer Gesundheitsfolgen einen wachsenden Konsumentenkreis zu finden scheint. Ganz allgemein zeigte sich auch im vergangenen Jahr, dass der seit längerer Zeit bestehende Trend – weg von sedierenden und hin zu stimulierenden bzw. aufputschenden Drogen – weiterhin anhält, was auch die Sicherstellungszahlen von Kokain und Amphetamin verdeutlichen.

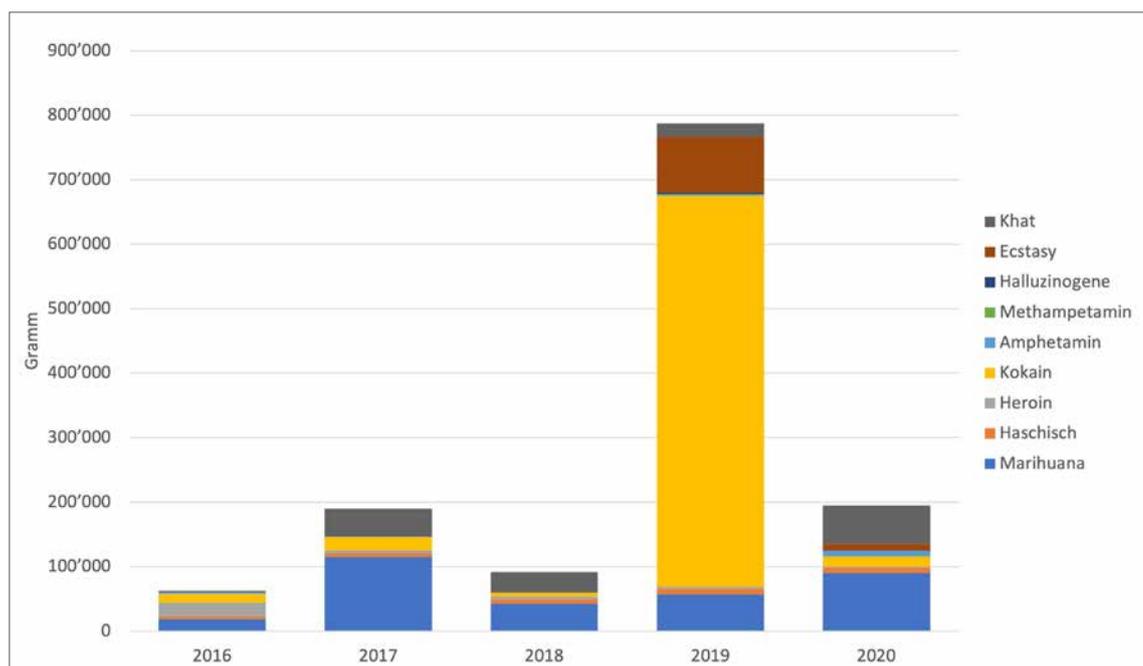


Die Leu-Fähre zwischen der Wettsteinbrücke und der Mittleren Brücke.

Total Delikte Betäubungsmittel



Beschlagnahmte Betäubungsmittel



Allgemeine Abteilung

Trotz schwieriger äusserer Umstände und der entsprechenden durch die Erlasse des Bundes erforderlichen und gebotenen Einschränkungen konnte die Allgemeine Abteilung 2020 den Alltagsbetrieb weitestgehend aufrechterhalten.

Im Jahr 2020 erledigten die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Allgemeinen Abteilung insgesamt 2'160 Strafverfahren (2019: 1'906) und konnten damit ihre Leistung gegenüber dem Vorjahr um 11% steigern. 12% der erledigten Verfahren (264, 2019: 223) wurden durch Anklageerhebung, 58% (1281, 2019: 1027) durch Erlass eines Strafbefehls und 30% (615, 2019: 656) durch Erlass einer Einstellungsverfügung, einer Nichtanhandnahmeverfügung oder einer Abtretung abgeschlossen. Per Jahresende waren auf der Allgemeinen Abteilung noch 1'362 Verfahren (2019: 1'296) hängig. Dies entspricht einer durchschnittlichen Fallbelastung von ca. 57 Verfahren pro Staatsanwältin bzw. Staatsanwalt.

Gute Erfahrungen mit Homeoffice gemacht

Trotz schwieriger äusserer Umstände (erste und zweite Welle der Corona-Pandemie) und der entsprechenden durch die Erlasse des Bundes erforderlichen und gebotenen Einschränkungen (u. a. zeitweise massives Herunterfahren der Einvernahmehetätigkeit auch des kriminalistischen Personals der Allgemeinen Abteilung) konnten der Alltagsbetrieb weitestgehend aufrechterhalten und der Kernauftrag stets erfüllt werden. Durch die situationsbedingt breite Einführung und Ermöglichung des Homeoffice, welches sich rasch etablierte und bei den betroffenen Mitarbeitenden einhellig auf gute bis sehr gute Resonanz stiess, vermochten Produktivität und Motivation ungeachtet aller Massnahmen insgesamt auf einem

hohen Niveau gehalten zu werden, was zum guten Jahresresultat massgeblich beigetragen hat. Die mit diesem Arbeitsmodell gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse sind sehr wertvoll und werden in Zukunft mit Sicherheit auch nach der Rückkehr zu normalen, geordneten Verhältnissen eine grössere Rolle spielen als in den Jahren zuvor.

Mehrere personelle Veränderungen

In personeller Hinsicht waren im Team der Allgemeinen Abteilung mehrere wichtige Veränderungen zu verzeichnen. An erster Stelle zu nennen ist das Ausscheiden des Leitenden Staatsanwalts Sasha Stauffer, welcher der Abteilung seit Mai 2015 vorgestanden hatte und diese infolge seiner Wahl zum neuen Ersten Staatsanwalt zum Jahresende verliess. Einen weiteren Aderlass hatte die Allgemeine Abteilung durch den Weggang zweier langjähriger, erfahrener Staatsanwältinnen zu verzeichnen, darunter der über ein umfangreiches Spezialwissen verfügende Leiter des Unfalldezernats. Diese Kollegen verliessen die Abteilung im einen Fall infolge des wegen der Wahl zum Jugendanwalt bedingten internen Übertritts in die Jugendanwaltschaft und im anderen Fall wegen eines familiär bedingten Wegzugs in einen anderen Landesteil und des damit verbundenen Stellenwechsels. Beide Vakanzten konnten zeitnah durch die Anstellung bestens qualifizierter Staatsanwältinnen wiederbesetzt werden, während das Unfalldezernat lückenlos von einem aufgrund seiner früheren Tätigkeit über vertiefte Kenntnisse aus dem Strassenverkehrs- und technischen Bereich verfügenden Staatsanwalt übernommen wurde.

Zudem verliess im Jahr 2020 eine bestens ausgewiesene Assistentin aufgrund ihrer berufsbegleitend

«In personeller Hinsicht waren im Team der Allgemeinen Abteilung mehrere wichtige Veränderungen zu verzeichnen.»

absolvierten und erfolgreich abgeschlossenen Weiterbildung die Staatsanwaltschaft zugunsten einer Anstellung in der Privatwirtschaft. Dies hinterliess im Backoffice-Team zunächst eine spürbare Lücke. Auch diese Stelle konnte indes zeitnah mit einer sehr gut qualifizierten Mitarbeiterin wiederbesetzt werden.

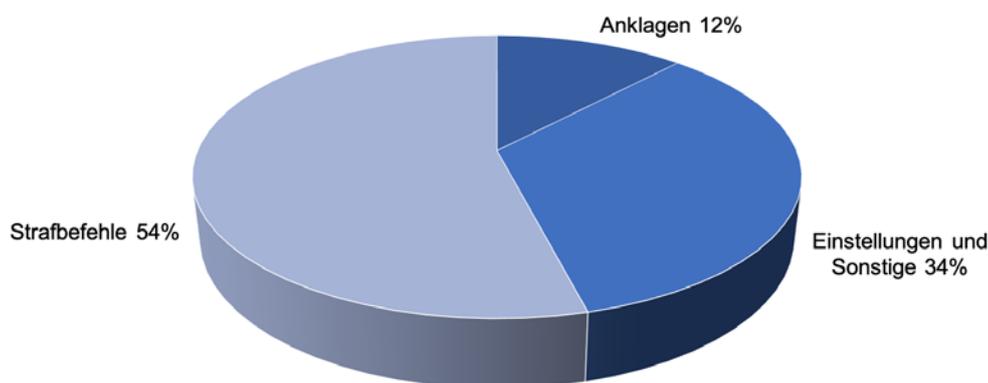
Grosser administrativer Aufwand

Mit Blick darauf, dass die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Allgemeinen Abteilung auch im vergangenen Jahr einen Grossteil bzw. 86% aller von der gesamten Staatsanwaltschaft an das Strafgericht überwiesenen Anklageschriften erstellt hatten, entfiel neuerlich ein nicht unwesentlicher Anteil der Arbeits-

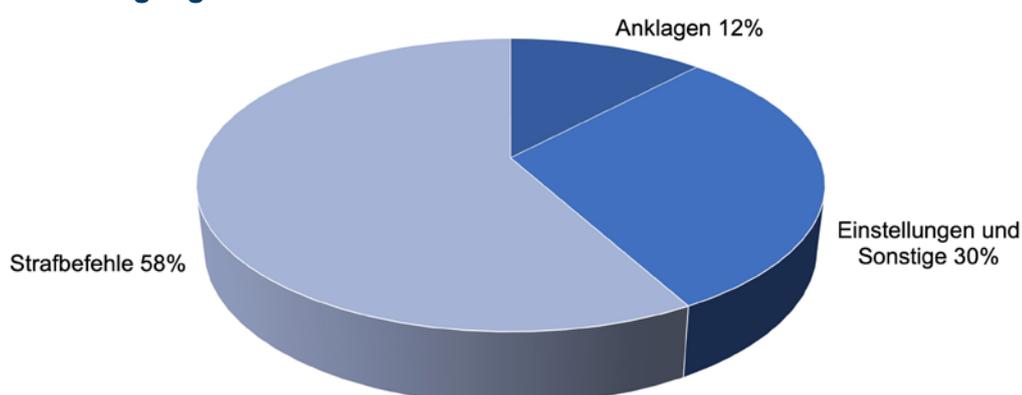
zeit auf die Teilnahme an Verhandlungen vor Straf- und Appellationsgericht (175, 2019: 186).

Erneut war auch eine anhaltend grosse Anzahl formeller Fragestellungen und Eingaben zu verzeichnen, welche sich wegen des damit verbundenen administrativen Aufwandes nicht nur auf die tägliche Arbeit der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte auswirkte, sondern auch das Personal im Backoffice stark beschäftigte und die Geschwindigkeit der Fallerledigung hemmte, wenn sich dies im Berichtsjahr auch nicht, wie in früheren Jahren, unmittelbar auf den gesamten Fallausstoss auswirkte.

Fallerledigung 2019



Fallerledigung 2020



Abteilung Wirtschaftsdelikte

2020 kam es in der Abteilung Wirtschaftsdelikte erneut zu einer Steigerung der eingehenden Fälle. Damit verfestigte sich der seit Langem festzustellende Trend einer permanent hohen Falleingangszahl an Wirtschaftsstrafverfahren nachhaltig.

Die Corona-Pandemie dominierte selbstredend auch den Geschäftsgang der Abteilung Wirtschaftsdelikte, und zwar sowohl geschäftsbedingt wie auch in personeller Hinsicht. Die durch Austritte freigewordenen bzw. im Zuge des Ausbaus der Personalressourcen endlich neu hinzugekommenen Stellen konnten Anfang des Jahres 2020 rasch mit sehr kompetenten Personen, welche über einen wirtschaftlichen Hintergrund verfügen und teilweise bereits ihre Volontariate in der Abteilung Wirtschaftsdelikte absolviert hatten, (wieder) besetzt werden. Ebenso war es trotz der Pandemie möglich, den Neueingetretenen ein umfassendes Einführungs- und Ausbildungsprogramm sowohl in strafrechtlicher wie auch in polizeilicher Hinsicht zu bieten, welches die Abteilung Wirtschaftsdelikte autonom konzipierte und durchführte.

Dennoch hat die Corona-Pandemie deutliche Spuren hinterlassen, denn es ist nicht zu übersehen, dass aufgrund der konsequent verfolgten Priorisierung der Fürsorgepflicht und damit verbunden des seit März 2020 herrschenden Systems, wonach wochenweise abwechselnd ein Teil der Mitarbeitenden ihre Arbeitspflichten aus dem Homeoffice erfüllt, der andere Teil an ihren Arbeitsplätzen im Waaghof, der soziale Kontakt und die Einheit der Abteilung Wirtschaftsdelikte unweigerlich stark gelitten haben. Dies ist umso misslicher, weil seit

dem Jahr 2019 fast 40 Prozent des Personals infolge Pensionierungen, Arbeitsplatzwechseln und zusätzlich geschaffenen Stellen neu hinzugekommen ist. Gerade im Zusammenhalt und in der Festigung des sozialen Gefüges innerhalb der Abteilung Wirtschaftsdelikte wird ein Schwerpunkt zu setzen sein, wenn sich die Lage dereinst wieder hoffentlich normalisieren wird.

40 Verfahren wegen Covid-19-Krediten

Auch in fachlicher Hinsicht bescherte die Corona-Pandemie zusätzlichen, zuvor nicht planbaren Arbeitsaufwand: Bis Jahresende mussten nämlich fast 40 Verfahren gegen Personen wegen Verdachts auf unrechtmässige Handlungen im Zusammenhang mit der Erlangung von Covid-19-Krediten eröffnet werden. Die nachfolgend umgehend aufgenommenen Ermittlungshandlungen gestalteten sich aufgrund der strafprozessualen Anforderungen (vielfach war der Beizug von Rechtsbeiständen gesetzlich erforderlich) sowie des Umfangs der Aktenmenge langwierig und anspruchsvoll. Hinzu kam – wie auch in den anderen Fällen – der Umstand, dass aufgrund der aktuellen Corona-Situation auf das Abhalten von Einvernahmen vielfach verzichtet werden musste. Anders als in mengenmässig kleineren Fällen war es zudem nur in sehr beschränktem Masse möglich, für den Fortgang der Verfahren anstelle von Einvernahmen auf eine Berichterstattung im Sinne von Art. 145 StPO zurückzugreifen. Insgesamt führt die seit März 2020 herrschende Ausnahmelage daher zu einer Verlangsamung der Fallerledigung und zu einem Auftürmen von in den Fällen erforderlichen Verfahrenshandlungen.

Nach dem Erkennen dieses Umstandes wurde rasch reagiert und die Abteilung Wirtschaftsdelikte übernahm – ganz im Sinne eines solidarischen Denkens innerhalb der Staatsanwaltschaft – umfangmässig kleinere, in der Regel unbearbeitete Fälle direkt von der Fachgruppe 7 der Kriminalpolizei und brachte diese rasch zu Ende; dies führte einerseits zur Entlastung der Kriminalpolizei, andererseits zur «Füllung von Leerzeiten» wegen der oben erwähnten Problematik.

536 Strafverfahren eröffnet

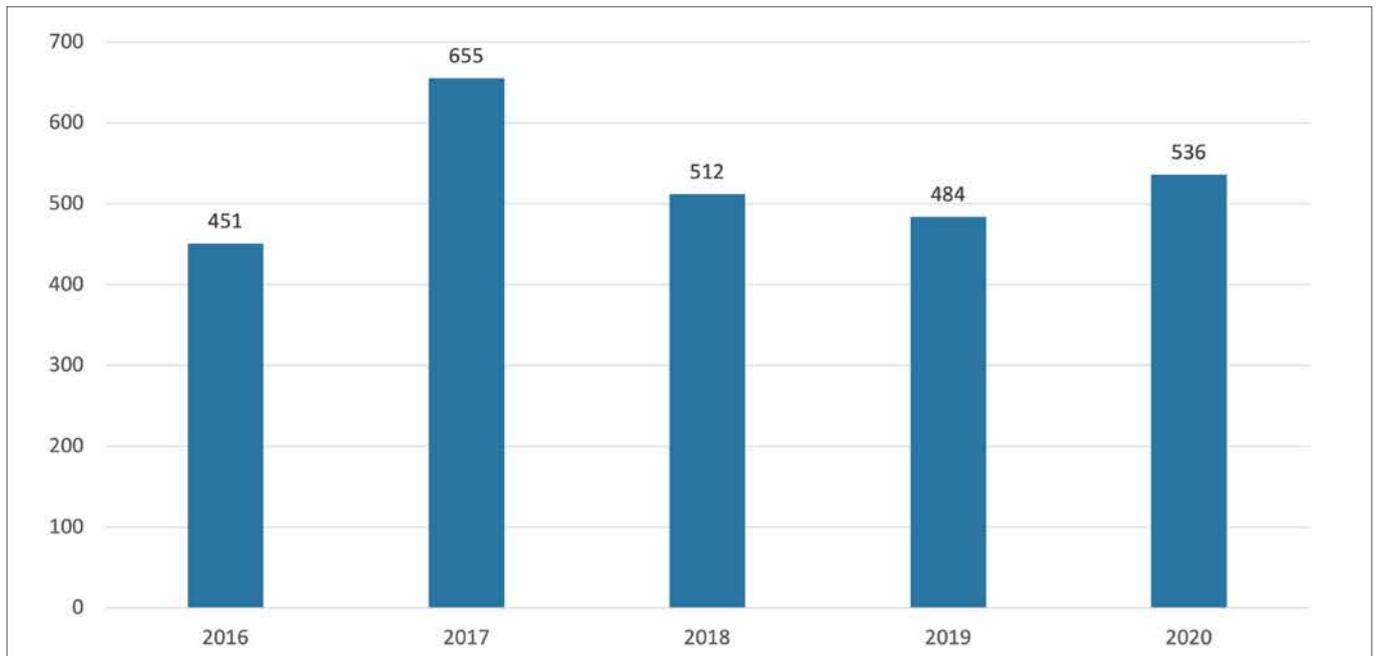
Statistisch gesehen kam es im Berichtsjahr 2020 zu einer erneuten Steigerung der eingehenden Fälle: Wurden im Jahre 2019 nämlich 484 Strafverfahren eröffnet, erhöhte sich diese Zahl 2020 auf 536. Damit verfestigte sich der seit Langem festzustellende Trend einer permanent hohen Falleingangszahl an Wirtschaftsstrafverfahren nachhaltig. Neben den bereits erwähnten Covid-Betrugsfällen schlug die hohe Anzahl von Verfahren im Bereich der Sozialstraffälle sowie der Schuldbetreibungs- und Konkursfälle zu Buche, aber auch die von der Fachgruppe 7 der Kriminalpolizei zur Erledigung übernommenen, zusätzlich zeit- und kapazitätsraubenden Fälle. Aufgrund der aktuellen Lage nicht erledigt werden konnten die teilweise seit 2016 laufenden Ermittlungen und Untersuchungen gegen rund ein Dutzend hauptinvolvierter Beschuldiger, welche den Rahmen der üblichen Grösse eines Verfahren bei Weitem sprengen und sich entsprechend zeit- und personalintensiv gestalten. Erledigt werden konnten in der Berichtsperiode 2020 den Widrigkeiten zum Trotz dennoch 452 Verfahren, unter anderem mit 34 Anklagen.

Einnahme von über 3 Millionen Franken

Was die teilweise umfangreichen Ermittlungen und Untersuchungen der internationalen Rechtshilfeersuchen in Wirtschaftsstrafverfahren anbetrifft, erhöhte sich die Zahl der Fälle von 49 im Jahre 2019 auf 98 im Berichtsjahr 2020. Diese Verdoppelung ist im Umstand begründet, dass sich die Abteilung Wirtschaftsdelikte bereit erklärt hatte, zwecks weiterer Entlastung der Fachgruppe 7 der Kriminalpolizei die bislang dort behandelten Fälle der internationalen Rechtshilfe zu übernehmen. Positiv zu vermerken ist in diesem Zusammenhang die Einnahme von über CHF 3 Mio. aus in einem internationalen Rechtshilfeverfahren sichergestellten Vermögenswerten, welche im Rahmen des sogenannten Sharing aufgrund des Bundesgesetzes über die Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG) der Staatskasse des Kantons Basel-Stadt zukamen.

«Statistisch gesehen kam es im Berichtsjahr 2020 zu einer erneuten Steigerung der eingehenden Fälle.»

Fallzahlen Wirtschaftsdelikte/Eingänge



Blick auf die Roche-Türme von der Wettsteinbrücke aus.

Strafbefehlsabteilung

2020 war die Fallbelastung in der Abteilung unverändert hoch, trotz einer Verringerung der erlassenen Strafbefehle. Bei den Verfahrensleitungen waren stets rund 3'000 Verfahren pendent.

Auch in der vergangenen Berichtsperiode war die Fallbelastung in der Abteilung unverändert hoch: Bei den Verfahrensleitungen (Staatsanwältinnen und Staatsanwälte mit insgesamt 400 Stellenprozenten) waren stets rund 3'000 Verfahren pendent. Ein bewährter Staatsanwalt wechselte auf den Jahresbeginn in die Allgemeine Abteilung und konnte erst im März durch einen langjährig in einem anderen Kanton in der Strafverfolgung tätigen Juristen ersetzt werden. Ab Mai unterstützte eine befristet beschäftigte akademische Mitarbeiterin die

Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Beide neu angestellten Mitarbeitenden mussten allerdings zunächst eingearbeitet werden. In der Kanzlei konnte der Abgang einer erfahrenen Mitarbeiterin hingegen nahtlos ersetzt werden.

Leichte Reduktion der Einsprachequote

In statistischer Hinsicht wurden 15'965 (2019: 23'656) Strafbefehle erlassen und 7 (2019: 4) Anklagen erhoben. Von den Strafbefehlen wurden 157 (2019: 411) Personen ausgehändigt, während sie sich noch im Freiheitsentzug befanden. Ausserdem wurden 1'094 (2019: 1'162) Einstellungen bzw. Nichtanhandnahmen verfügt. Gegen 746 (2019: 1'193) Strafbefehle ging eine Einsprache ein. Die Einsprachequote von 4,7% reduzierte sich somit



Die Skulptur «Helvetia auf Reisen» der Bildhauerin Bettina Eichen sitzt seit rund 40 Jahren auf dem Brückenspieler.

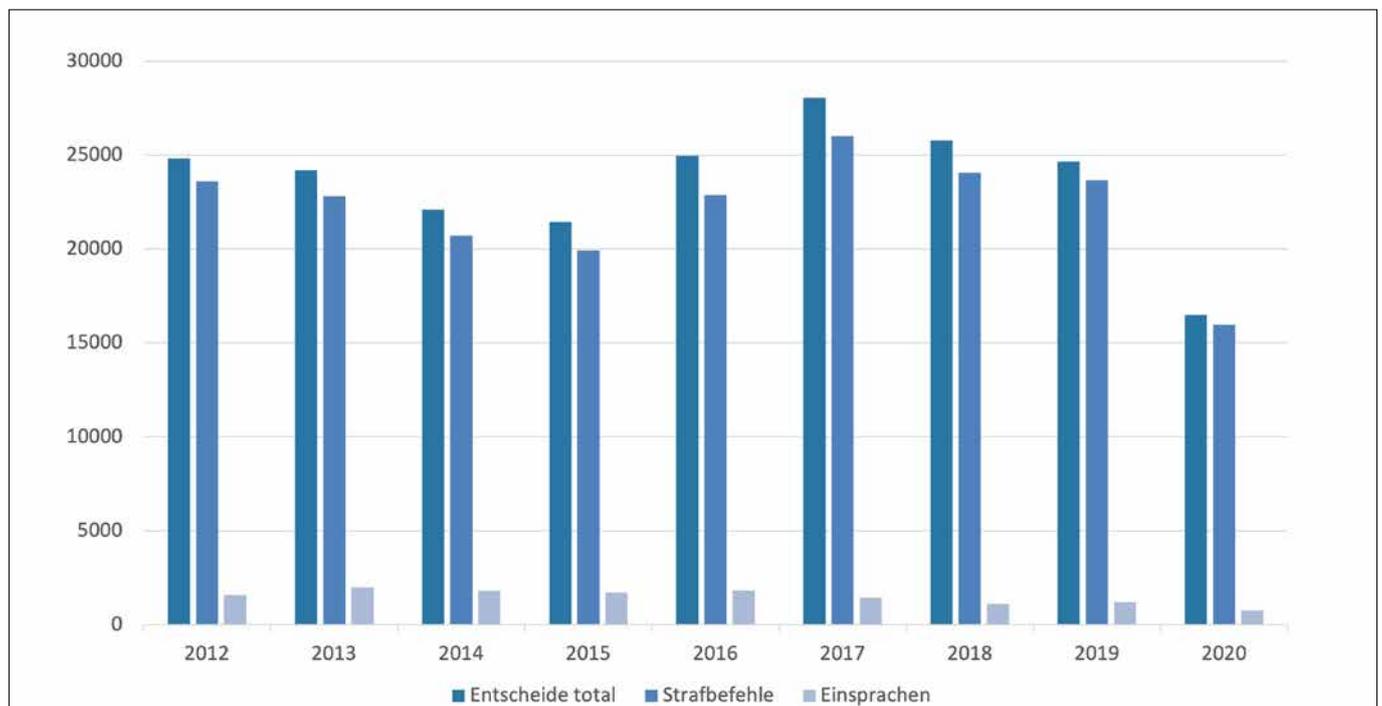
«Im Jahr 2020 wurden nach erhobener Einsprache und allfälligen zusätzlich durchgeführten Abklärungen 393 Verfahren zur weiteren Beurteilung ans Strafgericht überwiesen.»

gegenüber dem Vorjahr (2019: 5,0%) lediglich geringfügig. Die augenfällige Verringerung der Anzahl erlassener Strafbefehle ist im Wesentlichen mit einem markanten Rückgang der von der Kantonspolizei überwiesenen Fälle wegen nicht bezahlter Ordnungsbussen sowie Geschwindigkeitsüberschreitungen im Bereich einfacher Verkehrsregelverletzungen zu erklären. Da diese Strafbefehlsverfahren weitgehend automatisiert abgewickelt werden, wirkte sich der Rückgang allerdings kaum auf die Arbeitsbelastung der Abteilung aus.

stanzliche Gericht in rund 45% (2019: 41%) der Fälle lediglich über die Gültigkeit der zumeist verspätet eingereichten Einsprache befinden musste. 385 (2019: 547) der Einspracheverfahren wurden in der Strafbefehlsabteilung nach ergänzender Beurteilung und allenfalls zusätzlich erfolgter Beweisabnahme abgeschlossen.

Im Jahr 2020 wurden nach erhobener Einsprache und allfälligen zusätzlich durchgeführten Abklärungen 393 (2019: 657) Verfahren zur weiteren Beurteilung ans Strafgericht überwiesen, wobei das erstin-

Jahresstatistik Strafbefehlsabteilung



Jugendanwaltschaft

2020 führten die Jugendanwältinnen und Jugendanwälte mit 127 Kindern und Jugendlichen einzelrichterliche Verhandlungen durch. Im stationären Massnahmenvollzug befanden sich Ende 2020 13 Personen.

Insgesamt wurde im Berichtsjahr in 10 (2019: 5) Fällen Einsprache gegen den Strafbefehl erhoben; davon wurden 4 (2019: 4) zur Beurteilung an das Jugendgericht überwiesen. Die Jugendanwältinnen und Jugendanwälte führten mit 127 (2019: 180) Kindern und Jugendlichen einzelrichterliche Verhandlungen durch. Unerledigt waren per 31. Dezember 2020 395 (2019: 329) Verfahren. Der Sozialbereich führte 93 (2019: 62) Abklärungen zur Person durch.

Im Verlaufe des Jahres 2020 wurden 122 (2019: 104) Jugendliche im Rahmen eines Strafverfahrens festgenommen. Aus dem Kanton Basel-Stadt stammten 71 (2019: 62); davon hielten sich 31 (2019: 37) Jugendliche hier als Asylbewerber auf. 22 (2019: 12) Jugendliche kamen aus anderen Kantonen; 29 (2019: 30) hatten keinen Wohnsitz in der Schweiz. 10,7% der Festgenommenen waren weibliche Jugendliche.

Opferbefragungsgruppe erledigte 120 Aufträge

Bei 10 (2019: 11) Jugendlichen wurde Untersuchungshaft angeordnet, davon waren 6 (2019: 7) Jugendliche im Kanton Basel-Stadt wohnhaft. Bei 3 (2019: 4) Jugendlichen wurde die Haft durch das Zwangsmassnahmengericht nach Ablauf von 7 Tagen verlängert. Bei weiteren 2 (2019: 2) in Basel-Stadt wohnhaften Jugendlichen wurde eine stationäre Beobachtung angeordnet.

Die Opferbefragungsgruppe befragte im Verlaufe des Jahres 2020 121 (2019: 127) mögliche Opfer und Auskunftspersonen. Davon waren es in Strafverfahren wegen Sexualdelikten 40 (2019: 53) und wegen häuslicher Gewalt 25 (2019: 14) Personen. Hinzu kamen 39 (2019: 37) Befragungen, in denen sich ein Verdacht nicht bestätigte. Insgesamt wurden 60 (2019: 39) Einvernahmen mit Videoaufzeichnung durchgeführt. Total wurden 101 (2019: 112) Aufträge der Staatsanwaltschaft, 1 (2019: 1) von Gerichten und/oder Drittstellen sowie 18 (2019: 14) der Jugendanwaltschaft erledigt.

Nettoaufwand betrug rund 2,1 Millionen Franken

Im stationären Massnahmenvollzug befanden sich Ende 2020 13 (2019: 13) Personen; bei keiner

Erledigungen

	2019	2020
Anklagen	6	9
Strafbefehle	435	474
Einstellungen, Nichtanhandnahmen, Abtretungen	395	483
Nachentscheide	7	10

«Im Verlaufe des Jahres 2020 waren insgesamt 3 Personen zur Verbüßung von Freiheitsentzügen in der Jugendabteilung des Untersuchungsgefängnisses untergebracht.»

(2019: 1) dieser Personen ist die Unterbringung sistiert. Bei 30 (2019: 19) Personen sind ambulante Massnahmen und bei weiteren 18 (2019: 25) Personen Begleitungen hängig. Im Verlaufe des Jahres 2020 waren insgesamt 3 (2019: 5) Personen zur Verbüßung von Freiheitsentzügen in der Jugendabteilung des Untersuchungsgefängnisses untergebracht.

Der Nettoaufwand für Untersuchungshaft ausserhalb des Untersuchungsgefängnisses, für Beobachtungsaufenthalte in Institutionen und für den Straf- und Schutzmassnahmenvollzug betrug rund 2,1 Millionen Franken und lag damit 5% über dem Vorjahr.



Der Basiliken-Brunnen am Oberen Rheinweg.

Stab und Führungsunterstützung

Der Stab umfasst das Sekretariat, die Ressorts Personelles und Logistik, Kasse und Rechnungswesen, Information und Kommunikation, Aus- und Weiterbildung sowie Informatik (§ 5 Verordnung über die Zusammensetzung, Organisation und Befugnisse der Staatsanwaltschaft).

Personelles und Logistik

Die Leitung Personal erbringt Dienstleistungen zur Unterstützung der Führungsverantwortlichen der Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt, aber auch zur Begleitung der Linie bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung. Ihre Arbeit orientiert sich an festgelegten Qualitätsstandards.

Die Aufgaben umfassen Beratung der Führungsverantwortlichen in allen personalrelevanten Fragestellungen, Personalplanung, Rekrutierung, Anstellung und Einführung, Personalbetreuung und Personalfreisetzung. Die rückständigen Zeitguthaben (Ferien, Überzeit, Gleitzeit, Dienstaltersgeschenk, Schichtbonus) betragen im Berichtsjahr 27'545 Stunden (2019: 25'304).

Aus- und Weiterbildung

Die Ausbildungsstelle fördert die Mitarbeitenden gezielt in ihren Fachbereichen und deren persönlicher Entwicklung.

Das Jahr 2020 war im Ausbildungsbereich vor allem durch Absagen von Veranstaltungen oder deren Verschiebung aufgrund der Corona-Pandemie gekennzeichnet. Aufgrund begrenzter Teilnehmerzahlen mussten zahlreiche Aus- und Weiterbildungen aufgeschoben oder annulliert werden.

Einzelne Weiterbildungen, wie Sprachkurse oder Schulungen mit aktivem Austausch zwischen den Teilnehmenden, fielen ebenfalls aus. Die Kursanbieter versuchten über verschiedene Aktiv-Videoportale, wie Webmail, Zoom oder ähnliche, Kurse durchzuführen. Leider waren hierzu die technischen Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme der Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft, insbesondere zu Beginn der ausserordentlichen Lage, nicht optimal. Trotzdem konnten neben 252 externen Fach- und Kaderausbildungen einige wichtige Weiterbildungsveranstaltungen aus verschiedenen Bereichen der Strafverfolgung durchgeführt werden.

Informatik

Die Informatik ist verantwortlich für die Gewährleistung des gesamten Informatikbetriebs und den dazugehörigen Support deren Systeme und Fachapplikationen.

IT-Projekte und IT-Support

Das Jahr 2020 war durch viele Abgänge von Mitarbeitenden extrem herausfordernd. Dementsprechend konnten viele Projekte aufgrund fehlender Ressourcen nicht vollständig oder gar nicht abgeschlossen werden.

Ebenfalls gestaltet sich die Suche nach neuen Mitarbeitenden sehr schwierig, da wegen Corona viele ihre Informatik aufrüsten und so gute Fachkräfte Mangelware sind. Prioritäres Ziel ist es immer noch, die vakanten Stellen so schnell wie möglich zu besetzen, um das Team weiter zu entlasten, die geforderten Dienstleistungen aufrecht zu erhalten und zur gewünschten Zufriedenheit der Staatsanwaltschaft zu erbringen.

Neben dem Projekt «Geschäftskontrolle STAWA», welches in diesem Jahr abgeschlossen wurde, konnte durch die Unterstützung mit externen IT-Mitarbeitenden auch der geplante Monitorersatz erfolgreich durchgeführt werden. Dabei wurden in der Staatsanwaltschaft und in der Jugendanwaltschaft innerhalb von vier Wochen 600 Monitore ausgepackt, aufbereitet und ausgetauscht sowie die alten Monitore verpackt und retourniert.

IT-Ermittlung

Durch die Umstände von Corona, dem Lockdown im Frühjahr und dadurch, dass auch viele Mitarbei-

tende der Kriminalpolizei und der übrigen Abteilungen der Staatsanwaltschaft im Homeoffice waren, waren besondere Umstände zu meistern. Es musste ein Weg gefunden werden, den sicheren Computerzugang von zu Hause aus auf das geschützte Forensik-Netzwerk zu gewährleisten. Die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern im Homeoffice war in dieser Zeit eine Herausforderung.

Im Frühjahr wurde das Projekt «Faradaybags» lanciert. Dabei ging es nicht nur um die Aufbewahrung von mobilen Geräten nach der Sicherstellung und der Verhinderung einer Fernlöschung, sondern

PC-Hardware etc.

Jahr	Anzahl Auswertungen	Datenmenge in Terabyte (TB)
2016	100 (davon 9 Navi-Geräte)	167,37 (Ø pro Fall = 1,83 TB)
2017	86 (davon 12 Navi-Geräte)	76,98 (Ø pro Fall = 1,04 TB)
2018	59 (davon 8 Navi-Geräte)	85,56 (Ø pro Fall = 1,67 TB)
2019	84 (davon 6 Navi-Geräte)	81,0 (Ø pro Fall = 0,96 TB)
2020	64 (kein Navi-Gerät)	34,32 (Ø pro Fall = 0.53 TB)

Mobiltelefonauswertung

Jahr	Anzahl Auswertungen	Ausgelesene Datenmenge in Terabyte (TB)
2016	600	
2017	560	
2018	467	2,15 (TB)
2019	459	4,84 (TB)
2020	435	7,16 (TB)

auch um die anschliessende Auslesung dieser Geräte, ohne dass diese jemals Empfang zum Fernmeldeanbieter oder in einem öffentlichen WLAN erhalten. Die Geschäftsleitung genehmigte in der Folge den Kauf weiterer Faradaybags sowie einer hochfrequenzabgeschirmten Auswertungsbox für die mobilen Geräte.

Viele Mitarbeitende der Kriminalpolizei und der übrigen Abteilungen der Staatsanwaltschaft arbeiteten das Jahr im Homeoffice. Im Frühjahr wurden dadurch weniger Zwangsmassnahmen durchgeführt als in früheren Jahren. Dies führte auch zu einer verminderten Arbeitsbelastung in der IT-Ermittlung. Trotzdem konnten erwähnenswerte Erfolge verbucht werden. So konnte im Zuge einer Computerauswertung eine pädophile Chatgruppierung ermittelt werden, welche über einen verschlüsselten Server miteinander kommunizierte sowie Bild- und Videodateien tauschte. Über 140 Kontakte aus über 40 Ländern wurden der Fedpol für die internationale Strafverfolgung übergeben.

Die IT-Ermittlung startete am 1. April 2009 und war über elf Jahre lang ein Bestandteil des Stabs der Staatsanwaltschaft. Per 1. November 2020 wurde die IT-Ermittlung in das neue Dezernat Digitale Kriminalität (DDK) eingegliedert, welches zur gleichen Zeit in die Kriminalpolizei überführt wurde.

Projekt «Geschäftskontrolle STAWA»

Auch im Jahr 2020 konnten zwar einige Releases eingeführt und Kundenanpassungen umgesetzt werden. Wegen Ressourcenmangels bei Abraxas kam der Projektfortschritt aber leider nur schleppend voran, sodass das Projekt erst per

30. November 2020 formell abgeschlossen werden konnte. Die geforderten Projektziele sowie die Einhaltung des Kostenrahmens konnten erreicht werden. Die noch offenen Tickets und Programmanpassungen (Change Requests) sind im Projektabschlussbericht schriftlich festgehalten und für das Jahr 2021 terminiert.

Während der Transit von Verfahrensdaten an den Straf- und Massnahmenvollzug bereits in Betrieb ist, wird derselbe an die Gerichte voraussichtlich im Jahr 2021 realisiert. Damit kann die von der Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz (HIS) geforderte durchgängige elektronische Verarbeitung von Daten in der Strafbefehlskette umgesetzt werden.

Information und Kommunikation

Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt betreibt nach Massgabe von Art. 74 StPO Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, um die Bevölkerung über das Kriminalitätsgeschehen zu informieren, sie zu sensibilisieren, wie sie sich vor Straftaten schützen kann, sie – wo nötig – bei der Fahndung nach Personen und Sachen einzubeziehen und um über ihre Tätigkeit zu informieren und damit Vertrauen zu schaffen.

Medienlandschaft

Die aktuelle Corona-Situation hat nicht nur bei der Strafverfolgung erhebliche Veränderungen mit sich gebracht, sondern auch die Medienarbeit beeinflusst. Da viele Medienschaffende im Homeoffice tätig waren, kam es zu einer deutlichen Reduktion im Bereich der Interviews.

Noch ausgeprägter als bisher prägen die verschiedenen Social Media-Plattformen die öffentliche

«Noch ausgeprägter als bisher prägen die verschiedenen Social Media-Plattformen die öffentliche Meinung und beeinflussen die Beiträge in den Medien.»

Meinung und beeinflussen die Beiträge in den Medien. Zudem werden Reporterinnen und Reporter des Printbereichs vermehrt als Videoberichterstatte vor Ort eingesetzt, wodurch sie zu Konkurrenten der Fernsehanstalten werden. Der Wettbewerb zwischen den Medien, um mit «Breaking News» Aufmerksamkeit zu erreichen und diese Informa-

tionen so schnell wie möglich zu verbreiten, geht häufig mit einem Qualitätsverlust, mangelnder Professionalität sowie oft fehlendem Fachwissen einher. Dies führt zu teils falschen und irreführenden Berichten einerseits und andererseits zu einseitiger und wiederholter Verletzung der Persönlichkeitsrechte von Dritten.

Anzahl Medienmitteilungen und Interviews

	2016	2017	2018	2019	2020
Anzahl Medienmitteilungen	216	168	186	164	163
Anzahl Medieninterviews	71	106	120	89	32



Weidlinge am Kleinbasler Rheinufer.

Dienststellenbuchhaltung und Kasse

Die Dienststellenbuchhaltung führt das Rechnungswesen der Staatsanwaltschaft. Sie verbucht sämtliche für die Dienststelle relevanten Belege, überwacht, verbucht, und verwaltet Kautionen, beschlagnahmte Gelder und Kostendepots. Ausserdem erstellt und überwacht sie das jährliche

Budget, die tertialen Hochrechnungen sowie den Jahresabschluss. Die Dienststellenbuchhaltung kontrolliert Verfahrensakten auf Kosten und Gebühren vor Überweisung an das Strafgericht und beim Erlass von Strafbefehlen und kostenpflichtigen Einstellungen.

Betriebsergebnis Staatsanwaltschaft

in 1'000 CHF	Rechnung 2020	Budget 2020	Rechnung 2019
Personalaufwand	-39'626,5	-40'926,8	-38'840,6
Sach- und Betriebsaufwand	-17'986,1	-16'011,8	-22'081,9
Abschreibungen Kleininvestitionen	-182,2	-180,1	-167,1
Transferaufwand ¹	-2'136,3	-2'300,0	-1'676,8
Betriebsaufwand	-59'931,2	-59'418,7	-62'766,4
Entgelte	21'438,0	20'682,0	21'916,7
Transferertrag ²	942,0	885,0	878,9
Betriebsertrag	22'380,0	21'567,0	22'795,5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-37'551,2	-37'851,7	-39'970,9
Abschreibungen Grossinvestitionen	-845,8	-697,6	-1'231,6
Betriebsergebnis	-38'396,9	-38'549,3	-41'202,5

¹ Vollzug jugendstrafrechtlicher Schutzmassnahmen

² Beitrag des Bundes (Nachrichtendienst CHF 850'000, Sicherheitskosten Asylempfangs- und Verfahrenszentrum CHF 92'000)

Redaktion und Gestaltung: chtanova communications, Basel

Fotos: chtanova communications

Druck: Druckerei Thoma, Basel

Auflage: 150 Exemplare

Aus ökologischen und Kostengründen erscheint der Jahresbericht vorwiegend in elektronischer Form.

Mai 2021

Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt

Binningerstrasse 21

4051 Basel

Tel. +41 (0)61 267 71 71

www.stawa.bs.ch